Nushası 5 Kuruştur

Abone
Dahil için: Aylık 1,75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Haric için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R.M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre)
Ilânat
1. Sahifede: santimetresi 100 Kur.
2. » » 75 »
3. » » 60 »
4. » » 30 »
Idarehane: Şişhane Karakol Yokuşu, Saverio Kaleya Çikmazı Feniks matbâsı
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: Beyoğlu 1733
Posta Kutusu, Galata 269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8.50 T.Pfd., 12 Monate 16.- T. Pfd. Ausland: 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13.- R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 60 ---- Grusch, 4 Seite 30 Grusch. ---- (Inlandspreise)
Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

3. JAHRGANG NO. 306 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Konstantinopel, Dienstag, 6. Nov. 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

« Graf Zeppelin » pazartesi sabahı Berlinde vasıl olmuştur, perşembe günü tekrar Friedrichshafene avdet edecektir.

Prusya meclisi meb'usanı gelecek içtimainda bütün meb'usların huzurile Rur muntıkası mes'elesile meşgul olunacaktır.

Das Luftschiff « Graf Zeppelin » traf am Montag morgen in Berlin ein und wird sich am Donnerstag wieder nach Friedrichshafen begeben.

Der preussische Landtag wird sich in seiner nächsten Plenarsitzung mit der Lage im Ruhrrevier befassen.

Graf ‚Zeppelin' über Berlin.

In siebenstündiger Fahrt von Friedrichshafen nach der Reichshauptstadt.

Berlin, 5. Nov.

Das Luftschiff «Graf Zeppelin» traf am Montag kurz vor 9 Uhr über Berlin ein, wo die öffentlichen Gebäude und zahlreiche Privathäuser geflaggt hatten. Das Wetter war trübe und regnerisch. Das Luftschiff machte nach einer längeren Kreuzfahrt über Berlin am Ankermast in Staaken fest, wo es von einer zahlreichen Menschenmenge begrüsst und besichtigt wurde. Der Zeppelin war am Montag morgen kurz nach 2 Uhr in Friedrichshafen bei hellem Mondenschein mit 24 Passagieren, darunter dem Konstrukteur des Luftschiffes Dürr und dem Konstrukteur der Motoren Maybach gestartet, hatte gegen vier Uhr Stuttgart und gegen fünf Uhr Frankfurt a. M. passiert.

Triumphzug durch Berlin.

Empfang beim Reichsverkehrsminister

Berlin, 5. Nov.

Dr. HugoEckener und die Mannschaft des Zeppelin-Luftschiffes fuhren nach ihrer Begrüssung in Staaken durch den Reichsverkehrsminister und den Berliner Oberbürgermeister am Mittag in einer Art Triumpfzug durch das Spalier einer unübersehbaren Zuschauermenge zum Reichspräsidentenpalais, wo ihnen Hindenburg seine Anerkennung für den Amerikaflug aussprach und gleichzeitig seinen Wunsch nach weiterem Fortschritt und weiteren Erfolgen in ihrer Völkerverbindenden Arbeit ausdrückte. Später fand beim Reichsverkehrsminister ein Empfang statt, auf dem der Reichskanzler in seiner Begrüssungsansprache die Glückwünsche der Reichsregierung darbrachte.

Die Rückreise.

Berlin, 5. Nov.

«Graf Zeppelin» hat am Dienstag in den frühen Morgenstunden Staaken verlassen, um nach Friedrichshafen zurückzufahren. Der Zeppelin wird Fallersleben, den Geburtsort des Dichters der deutschen Nationalhymne Hoffmann von Fallersleben überfliegen.

Deutsch-rumänische Verständigung.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post.»)

Bukarest, 5. Nov.

In der Frage des deutsch-rumänischen Abkommens ist die Erledigung noch nicht in Bukarest eingetroffen. Ministerpräsident Bratianu hat mit Lapedatu und dem Staatssekretär Badulescu über jene Punkte verhandelt, über die es bisher noch zu keiner Entscheidung gekommen ist. Aus informierten Bukarester Kreisen wird mitgeteilt, dass die Summe der aus dem Friedensvertrage herrührenden Kriegsentschädigung auf fünfundsiebzig Millionen Goldmark herabgesetzt wurde, unter der Bedingung, dass Deutschland diesen Betrag binnen drei Jahren zur Auszahlung bringe. Dagegen verzichtet Rumänien auf die Einlösung der während des Krieges ausgegebenen deutschen Noten der Banca Generala, beziehungsweise auf den für dieselben gebührenden Schadenersatz, auf den Rückersatz der bei der Reichsbank befindlichen Depots, stellt den deutschen Staatsbürgern das sequestrierte Vermögen zurück und verzichtet auf jegliches Recht der Sequestrierung und verpflichtet sich noch ausserdem, die im deutschen Besitze befindlichen Obligationen und Renten binnen dreissig Jahren in valorisierter Höhe zurückzubezahlen.

Ankunft des griechischen Gesandten.

Der griechische Gesandte Papa und der Präsident der griechischen Delegation bei der Gemischten Austauschkommission Diamandopulos sind gestern in Konstantinopel eingetroffen. Der Gesandte erklärte, dass er mit den nötigen Instruktionen seiner Regierung versehen sei, die die feste Absicht habe, alle strittigen Fragen einer Lösung zuzuführen. Zweifellos sei die türkische Regierung von dem gleichen Wunsche beseelt.

Papa wir bis Ende der Woche in Konstantinopel bleiben und sich sodann nach Angora begeben.

Verhaftungen in Smyrna.

Smyrna, 5. Nov.

Der Professor an der Jildirim-Kemal-Schule Redscheb Bej, der Lehrer am Darül-Irfan Kenan Bej und Ismail Bej, ein Sekretär des Präsidenten der Rechtsanwaltekammer Mustafa Nuri Bej, sind unter der Beschuldigung der Auflehnung gegen den Staat und der Propaganda gegen die neuen Buchstaben verhaftet worden. Die Untersuchung wird eifrig betrieben. Später wurde auch ein gewisser Serbetschi Kadri wegen staatsfeindlicher Umtriebe verhaftet. Wie «Milliet» erfährt, wird der Angelegenheit grosse Bedeutung beigemessen; der Wali verfolgt die Untersuchungen mit Interesse.

Die Türkei und Brasilien.

Ein Vertreter der brasilianischen Regierung ist in Konstantinopel eingetroffen und wird sich in diesen Tagen nach Angora begeben, um dort diplomatische Beziehungen zwischen der Türkei und Brasilien aufzunehmen.

Fünfzigjähriges Bestehen des Lyzeums in Jerusalem.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»).

Jerusalem, 5. Nov.

In Jerusalem feierten die Templer das halbhundertjährige Bestehen des Lyzeums unter Anwesenheit des Vertreters des Mandatars sowie des deutschen Generalkonsuls, der die Glückwünsche der deutschen Reichsregierung überbrachte.

Der Kommandeur der albanischen Gendarmerie verhaftet.

Tirana, 5. Nov. (A.A.)

Der Kommandeur der albanischen Gendarmerie wurde verhaftet. Das albanische Pressebüro dementiert, dass diese Verhaftung aus politischen Gründen erfolgte, wie einige ausländische Zeitungen melden.

Hat Frankreich abgerüstet?

Berlin, 5. Nov.

Die Pariser «Humanite» erklärt, dass die Tatsche dass Frankreich zur Zeit 638.000 Mann unter Waffen habe, gegenüber 582.000 Mann in der Vorkriegszeit, in sonderbarem Widerspruch zu der feierlichen Erklärung Briands stehe, dass Frankreich im Vergleich zur Vorkriegszeit ganz erheblich abgerüstet habe.

Mussolini zu Italiens Kriegseintritt.

Berlin, 5. Nov.

Bei der italienischen Siegesfeier in Rom erklärte am Sonntag Mussolini vor den ehemaligen Kriegsteilnehmern u.a., dass der Krieg dem italienischen Volke nicht durch einen plötzlichen Angriff aufgezwungen wurde, dass es ihn vielmehr mit reiflicher Ueberlegung beabsichtigt habe. Der Krieg war ein spontaner Akt seines bewussten Willens.

Amerika feiert den 11. November.

Washington, 4. Nov. (A.A.)

Präsident Coolidge forderte heute in einer Proklamation das nordamerikanische Volk auf, den 11. November, den Tag der Einstellung der Feinseligkeiten im Weltkrieg in den Schulen und Kirchen zu feiern, um die Dankbarkeit der Nation für die Wiederherstellung des Friedens und seinen Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen mit allen anderen Ländern zum Ausdruck zu bringen.

Erklärungen Tewfik Rüschdi Bejs.

Verhandlungen mit Griechenland. - Völkerbund und Paneuropa. Das Verhältnis zu Russland.

Der türkische Aussenminister Tewfik Rüschdi Bej gewährte einem Vertreter der Wiener „Neuen Freien Presse" eine Unterredung, in der er sich über einige die Türkei betreffende aussenpolitische Fragen äusserte.

Nach einigen kurzen Bemerkungen über die im vergangenen Jahre abgeschlossenen Verträge kam der Minister auf die Verhandlungen mit Griechenland zu sprechen, wobei er u. a. betonte:

Das türkisch-griechische Problem, das die Welt so lange beunruhigte, hat aufgehört zu existieren. Heute bestehen zwischen der Türkei und Griechenland keine ernsten Gegensätze mehr; durch den Austausch der griechischen Bevölkerung in Kleinasien mit den türkischen Volksteilen in Thrakien sind auch die Reibungsflächen ganz verschwunden, eine Tatsache, die eine bleibende Gewähr für die rühige Entwicklung des nachbarlichen Verhältnisses zwischen den beiden Ländern bietet. Natürlich bedeutet das nicht, dass bereits alle Fragen bereinigt sind, im Gegenteil noch manche, nicht unwichtige, harren der Lösung. Die Wichtigkeit dieser Punkte kommt schon durch den bevorstehenden Besuch des griechischen Ministerpräsidenten zum Ausdruck. Wir freuen uns, dass Herr Venizelos unsere Einladung nach Angora so bereitwillig angenommen hat, denn dadurch wird eine rasche Lösung der schwebenden Fragen möglich sein, was begreiflicherweise sehr erwünscht ist. Hauptsächlich handelt es sich da um Fragen technischer Natur, und ich bin der Ansicht, dass bei beiderseitigem guten Willen eine Lösung bald gefunden werden kann. Wie sie sehen, bin ich durchaus kein Pessimist.

Die Aktion des Austausches Thrakiens und Kleinasiens ist sehr weit vorgeschritten, wenn sie auch noch nicht vor ihrem Abschluss steht.

Der Bevölkerungsaustausch stellt auch für unser Land und unseren Staat ein sehr wichtiges Problem dar. Wir dürfen dabei nicht ausser acht lassen, dass wir es hier nicht nur mit der Ansiedlung der früher in Thrakien sesshaften Türken zu tun haben, sondern auch mit einer Rückwanderung unserer Volksgenossen, die bereits nach dem Balkankriege, also nach dem Jahre 1912, eingesetzt hat. Seit diesem Zeitpunkte haben wir Länder verloren, die rund zehn Millionen Einwohner umfassten, wovon die überwiegende Mehrheit Türken waren. Allerdings sind diese Türken zum grössten Teile in ihren Wohnsitzen geblieben, so dass einzelne Balkanstaaten eine nicht unbeträchtliche türkische Minorität haben, vor allem Südslawien, Griechenland, Bulgarien, aber auch Albanien und Rumänien. Das Schicksal dieser unserer Volksgenossen verfolgen wir selbstverständlich mit stärkster Aufmerksamkeit; wir haben das grösste Interesse daran, dass die Minderheitenfrage, die eines der schwierigsten Probleme des heutigen Europa ist, eine gerechte Lösung findet. Gern wollen wir auch jede Aktion unterstützen, die auf eine solche gerechte Lösung hinzielt. Wir selbst haben keine Minderheiten, keine Minderheitenfrage; trotzdem vertreten wir den Standpunkt, dass die Minderheiten treu zu ihrem Staate halten sollen, wobei eine gerechte Behandlung und die Respektierung der den Minderheiten zukommenden Rechte als selbstverständliche Voraussetzung zu gelten haben. Wir betrachten die Minderheitenfrage wohl als innerpolitische Angelegenheit eines Staates, in die wir uns, solange keine zwingende Notwendigkeit besteht, nicht einmengen wollen, haupsächlich deshalb nicht, um die Lage unserer Volksgenossen durch unsere Intervention nicht zu verschlechtern. Das heisst aber keinesfalls, dass wir der Minoritätenfrage nicht jenes Interesse entgegenbringen, dass ihr naturgemäss zukommt. Wie sehr uns das Schicksal unserer Volksgenossen am Herzen liegt, habe ich ja übrigens schon betont.

Von den Türken der Balkanländer sind seit dem Balkankrieg nicht weniger als eine Million zurückgewandert, ausser denjenigen, die erst nach der mit Griechenland geschlossenen Konvention im Jahre 1923 ihr Domizil in die jetzigen Grenzen der Türkei verlegt haben. Unter den letzteren sind jene Türken gemeint, die infolge des Friedegsvertrages von Lausanne, beziehungsweise der türkisch-griechischen Konvention, ihre Heimat verlassen haben. Ihre Zahl beträgt 450.000. Wie ich bereits erwähnte, ist die Austauschaktion noch nicht abgeschlossen; die endgültige Bereinigung der in dieser Frage noch bestehenden Differenzen erwarten wir eben von der Zusammenkunft mit Weniselos.»

Auf die Frage des Berichterstatters nach den Aussichten eines Balkanlocarno erklärte der Minister:

«Aufrichtig gesagt, über diesen so oft auftauchenden und lancierten Plan habe ich keine Meinung, ich habe mich mit ihm nicht befasst, aus dem einfachen Grunde, weil ich nicht einmal die Vertragspartner sehe. Für mich gibt es überhaupt keinen Balkan, nur ein Osteuropa, zu dem auch wir gehören.»

«Hat sich der Standpunkt der türkischen Regierung in der Frage des Völkerbundes noch nicht geändert, beziehungsweise wird sie an ihrem bisherigen Standpunkt, in den Völkerbund nicht einzutreten, auch weiterhin festhalten?»

«Einstweilen jedenfalls. Wir stehen dem Gedanken des Völkerbundes natürlich sympathisch gegenüber, auch unsere Haltung ihm gegenüber ist freundschaftlich; trotzdem wollen wir uns abseits von ihm halten. Die Erklärung dafür ist sehr einfach. Der Völkerbund kann noch immer nicht als eine Institution angesehen werden, die über den Parteien steht und in ihren Urteilen das Prinzip der Gerechtigkeit walten lässt. Auch heute noch sind seine Mitglieder nicht gleichberechtigte Faktoren, auch heute noch ist der Völkerbund ein Instrument der Siegerstaaten. Wenn seine Mitglieder als gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer betrachtet werden können, wenn das Prinzip der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung sämtlicher Mitglieder obsiegen wird, werden wir unseren jetzigen ablehnenden Standpunkt aufgeben. Bis dahin muss man Geduld haben. Sie sehen: unsere Ansichten haben sich in den jetzten drei Jahren nicht geändert; allerdings hatten wir bisher keine Veranlassung, sie zu revidieren.»

« Wie denken Sie über die Paneuropa-Bewegung? »

« Ich kann an ihren Erfolg nicht recht glauben. Nach meiner Meinung haben sich alle Bewegungen, die sich mit einem «Pan» bezeichnen, überlebt. Das gilt sowohl für den Panslawismus und Pangermanismus, wie für die panislamitische Bewegung und auch für Paneuropa. Alle diese «Pan» haben eine — Panne erlitten. Die Welt ist klein genug, warum will man sie noch mehr verkleinern? Denn diese Bewegungen, die zwar dem Anschein nach grössere Massen zusammenfassen, bedeuten in Wirklichkeit doch eine weitere Zersplitterung. Wir sind Realpolitiker, und in der paneuropäischen oder einer ähnlichen Bewegung fehlt uns die Realität.»

Was für einen Standpunkt nehmen Sie, der bolschewistischen Bewegung gegenüber ein?»

«Mit dem bolschewistischen Russland unterhalten wir die besten Beziehungen, das schliesst aber nicht aus, dass wir in unserem Reich die bolschewistische Propaganda bekämpfen. Eine solche gibt es übrigens bei uns gar nicht, wenn auch hie und da Versuche gemacht werden, die kommunistische Idee auch bei uns zu verbreiten. Eine Propagandatätigkeit von russischer Seite haben wir nicht zu befürchten. Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Russlands, und ebensowenig könnten wir eine Einmengung in unsere Angelegenheiten durch andere Staaten dulden. Davon ist aber auch keine Rede. Die Bolschewisten wissen sehr gut, dass bei uns kein geeigneter Boden für ihre Propaganda ist. Eine nennenswerte industrielle Bevölkerung haben wir ja nicht, wir sind ein ausgesprochenes Bauernland; von unseren fünfzehn Millionen Einwohnern sind vierzehn Millionen Bauern Stadte mit Bourgeoisie und Arbeitern besitzen wir bloss zwei: Konstantinopel und Smyrna, unsere anderen Städte, wie Konia, Angora, Brussa usw., haben Bauernbevölkerung. Der Bauer ist kein Kommunist, kein geeignetes Subjekt für kommunistische Propaganda. Von dieser Seite droht uns daher keine Gefahr, und zwar um so weniger, als das türkische Volk sehr diszipliniert ist und geschlossen hinter seinem grossen Führer, dem Gasi, steht. . .»

Zum Schluss bat der Minister Wien seine Grüsse zu übermitteln und betonte: «Ich habe manche persönliche Freunde dort. In der Person des Bundeskanzlers Doktor Seipel habe ich einen Staatsmann grossen Formats kenen gelernt. Auch mein Besuch in Budapest wird für mich stets eine schöne Erinnerung sein. Ich habe schon lange den Wunsch gehabt, den ungarischen Ministrerpräsidenten Grafen Bethlen persönlich kennen zu lernen. Meine Meinung, dass er ein Staatsmann mit ganz besonderen Qualitäten ist, hat sich durch unsere persönliche Fühlungnahme nur bestätigt. Das will kein Kompliment sein. Wir sagen unsere Meinung frei heraus. Da unsere Politik eine offne ist, können wir auch über alle Fragen offen reden.»

Aus Deutschland.

Deutsch-tschechoslowakisches Abkommen.

Berlin, 5. Nov.

Am Sonntag wurde in Berlin ein deutsch-tschechoslowakisches Abkommen paraphiert mit einem Vertrag, demzufolge die Tschechoslowakei im Hamburger Hafen verschiedene Grundstücke pachtet. Für spätere anderweitige Verpachtungen, darunter in Stettin, wurde ausserdem Vorsorge getroffen, soweit es im wirtschaftlichen Interesse liegt.

Die Plenarsitzungen des Preussischen Landtages.

Berlin, 5. Nov.

Der Preussische Landtag nahm am Montag nach einer längeren Pause wieder seine Plenarsitzungen auf und wird sich am Dienstag mit der Lage im Ruhrrevier anläeslich der verschiedenen Anträge und Interpellationen beschäftigen. Dabei soll auch der Antrag der Regierungsparteien über die Frage einer materiellen Unterstützung der Ausgesperrten behandelt werden.

Die Ukrainefrage.

Lemberg, 5. Nov.

Nach einem blutigen Gefecht zwischen polnischen und ukrainischen Studenten in Lemberg beschlagnahmte die Polizei ein grosses Waffenlager und nahm bei den Hausdrurchsuchungen 70 Verhaftungen vor.

***

Das ein grosses Land „Ukraine" auf deutsch „Grenzmark", heisst, ist ja schon an sich merkwürdig. Als die kleine Mark Brandenburg durch ihre Fürsten zu einer europäischen Stellung gelangte, vertauschte sie ihren Namen, der bloss noch provinzielle Bedeutung behielt, mit dem Namen Preussen. Die Ukraine, ein Gebiet, das von 40 Millionen Kleinrussen bewohnt wird, die Wert darauf legten, sich durch Sprache, Kultur, Sitte von den Grossrussen abzuheben, hat nocht heute keinen anderen Namen als den des Grenzlandes. Dieser Name entspricht auch ganz der Geschichte des Landes, das bisher niemals einen selbstständigen Volksstaat gebildet hat. Mongolen, Tataren, Litauer, Polen haben hier abwechselnd geherrscht. Ganz vorübergehend gab es im 17. Jahrhundert, nachdem die Ukrainer sich vom Joch der Polen befreit hatten, eine „Kosakenrepublik", die sich aber bald freiwillig an Grossrussland angliederte. Durch die Teilung Polens kamen dann auch noch die Teile der Ukraine, die bei Polen geblieben waren, teils an Russland, teils an Oesterreich. Die Kleinrussen fühlten sich seitdem als Russen, während die im österreichischen Galizien wohnenden „Ruthenen" sich durchaus nicht als Oesterreicher betrachteten.

Erst nach dem Weltkriege ist eine Ukrainefrage aufgetaucht, und sie ist im wesentlichen polnische Arbeit. Warschau mag zwar nicht gern davon hören, das innerhalb des Gebietes der polnischen Republik verschiedene Minderheiten, darunter auch «Ruthenen» wohnen, die sich selbst zu den Kleinrussen, den Ukrainern, zählen — aber ausserhalb der Grenzen des heutigen Polens da wird die Nation der Kleinrussen als besonderes Volk anerkannt, und ihre nationalen Bestrebungen gegenüber Sowjetrussland werden liebevoll gefördert. Man würde es in Warschau gern gesehen haben, wenn die Ukrainer unter dem Hetman Petljura, der ein Freund Pilsudskis war, einen eigenen Staat gegründet hatten, der in ein Vasallenverhältnis zu Polen getreten wäre. Petljura wurde von den Sowjettruppen geschlagen, lebte als Flüchtling in Paris und wurde dort von einem ukrainischen Juden, der die von Petljuras Kosaken verübten Pogrome rächen wollte, ermordet. Seitdem hegt Pilsudski in Warschau einen anderen Kandidaten auf die Hetmanswürde, Lewitzki. Man spricht in Warschau viel von den separatistischen Bestrebungen der Ukraine, und es ist sicher, dass solche Bestrebungen vorhanden sind. Wahrscheinlich werden sie nicht nur von Polen, sondern auch von England, Frankreich und Rumänien unterstützt. In allen diesen Ländern — nebenbei auch in der Tschechoslowakei — arbeitet eine starke kleinrussische Emigration, die aber nicht so sehr antirussisch, als vielmehr antibolschewistisch gesinnt ist. Der Kommunismus in seiner bolschewistischen Form hat ja seinen Hauptsitz bei den Grossrussen. Ausserhalb des grossrussischen Gebietes muss er viele Konzessionen machen. Er hat sie auch namentlich für die Ukraine gemacht, besonders durch Ausnahmen im Aussenhandelsmonopol. Auch durch Durchführung grosser wasserwirtschaftlicher Anlagen — Beseitigung der Dnjeprstromschnellen, Ausbau der dabei zu gewinnenden Wasserkräfte — bemüht Moskau sich, die Anhänglichkeit der Ukraine zu erobern. Je mehr der wirtschaftliche Anschluss fortschreitet, desto geringer wird die Neigung zum politischen Separatismus im Lande selbst werden- das ist die Rechnung Moskaus, und sie ist wohl richtig.

So wird denn die separatistische Bewegung für eine Lostrennung der Ukraine von Sowjetrussland am stärksten vom Ausland her gefördert, und das ist gerade ihre Schwäche. Ausserdem ist diese Bewegung recht zerfahren. Ausser Lewitzki, dem Kandidaten Pilsudskis, gibt es noch eine Reihe anderer Prätendenten, die die Würde eines Hetmans, sei es eines erblichen oder eines Wahlhetmans erstreben. Darunter befindet sich sogar ein Habsburger, der Erzherzog Wilhelm, der schon im Weltkrieg für den Thron eines «König-

Letzte Nachrichten

Maniu in der rumänischen Kabinettsbildung.

Berlin, 6. Nov.

Meldungen aus Bukarest zufolge wurde dem Bauernführer Maniu die Neubildung des Kabinetts angeboten, der jedoch nur ein Kabinett der Bauernpartei bilden will, höchstens als Aussenminister Titulescu aufnehmen wird. Da Titulescu erst Montag aus London in Bukarest eintreffen wird, ist vorher keine Klärung der Krise zu erwarten.

Titulescu wird nach Bukarest abberufen.

London, 5. Nov. (A.A.)

Titulescu wurde vom Regentschaftsrat wegen der rumänischen Kabinettskrise nach Bukarest abberufen. Titulescu verliess heute morgen London.

Um die Aufstellung des französischen Budgets.

Berlin, 5. Nov.

In einem Brief an den Vorsitzenden der Finanzkommission der französischen Kammer Malvy bezeichnet Poincaré alle Abänderungsvorschläge der Kommission am Budget als gefährlich, weshalb er in jedem Falle vor der Kammer die Vertrauensfrage stellen werde.

Auf dem Radikalkongress in Angres protestierte Malvy gegen das Verlangen des französischen Ministerpräsidenten das von ihm ausgearbeitete Budget ohne die geringste Aenderung anzunehmen, weil dadurch die Kammer lediglich zu einer Registriermaschine würde. Der Kongress nahm eine Entschliessung an, in der Malvy für seine energischen Anstrengungen zu Gunsten der Steuergerechtigkeit das Vertrauen ausgesprochen wird.